

Strafgesetzbuch: StGB

mit Nebengesetzen

Bearbeitet von

Erläutert von Prof. Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a.D., Begründet von Otto Schwarz, In der 23. bis 37. Auflage bearbeitet von Dr. Eduard Dreher, und in der 38. bis 49. Auflage bearbeitet von Prof. Dr. Herbert Tröndle

65. Auflage 2018. Buch. Rund 2809 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 70874 9

Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Strafrecht > Strafgesetzbuch](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

S/S-Sternberg-Lieben 15 vor 32; MK-Duttge 202 zu § 15; SK-Günther 92 vor § 32; Jakobs AT 11/34; B/Weber/Mitsch AT 16/66f.; Jescheck/Weigend AT § 31 IV 2; W/Beulke AT 279; Otto AT 5/30; ders., Geerds-FS [1995] 603, 620; Frisch, Lackner-FS [1987] 113, 138f.; Streng, Otto-FS [2007] 469, 473; einschränkend jetzt Gropp, Kühl-FS [2014] 247ff., zum „Nudelholzfall“ Spendels [Frau schlägt Einbrecher mit Nudelholz in der irrigen Annahme, es handle sich um ihren Ehemann] unter dem Gesichtspunkt der **personalen Unrechtslehre**; vgl. auch 27 zu § 32). Nach hM kommen die Versuchsregeln zumindest entsprechend zur Anwendung (vgl. S/S-Sternberg-Lieben 15 vor § 32; L/Kühl 16 zu § 22; MK-Duttge 202 zu § 15). Teile der Literatur nehmen mit der früheren Rspr. **Vollendung** der Tat an (BGH 2, 111, 114f.; NK-Paeffgen/Zabel 128 vor § 32; Gössel, Triffterer-FS [1996] 93, 99; Köhler AT 323f.). Dem widerspricht freilich, dass es der Tat am Erfolgsunrecht fehlt. Eine **Sonderregelung** enthält § 22 I S. 2 WStG (Anh. 16).

C. Für Fälle des **Zweifels** über das Vorliegen rechtfertigender Umstände gehen die vorgeschlagenen Lösungen auseinander (vgl. dazu Rath [1a] 153ff.; Reip [1a] 133ff.; Warda, Lange-FS [1976] 119ff.; Schroth, Arth. Kaufmann-FS [1993], 604ff.; Roxin AT I 14/87ff.; Jakobs AT 11/28f.; Frister, Rudolphi-FS [2004] 45ff.; Schüler [oben 1a]). Der BGH hat in VRS 40 (1971), 104 eine den Vorsatz ausschließende Putativnotwehr für den Fall angenommen, dass der Täter es für *möglich* hält, angegriffen zu sein (vgl. auch MDR/H 78, 108; so wohl auch SK-Günther 90 vor § 32; krit. Roxin AT I, 14/90). Nach in der **Literatur** verbreiteter Ansicht ist wegen vorsätzlichen Delikts zu bestrafen, wenn bei Ungewissheit über die Rechtfertigungslage der Täter die Möglichkeit in Kauf nimmt, dass ein Rechtfertigungsgrund nicht vorliegt (vgl. etwa NK-Paeffgen/Zabel 101 vor § 32). Nach aA ist zwischen dem Zweifel über das Vorliegen der Voraussetzungen von Notwehr oder Defensivnotstand einerseits (in diesem Fall grds. Bestrafung wegen bedingt vorsätzlichen Handelns; ggf. Entschuldigung möglich) und Zweifeln über das Vorliegen eines auf Interessenabwägung beruhenden Rechtfertigungsgrunds andererseits (Aggressivnotstand) zu **unterscheiden** (in diesem Fall Erlaubnistatbestandsirrtum möglich; vgl. zB MK-Joecks 137ff.; Roxin AT I 14/88ff.; Otto AT 18/55f.; Jakobs AT 11/28f.; krit. dazu Frister, Rudolphi-FS [2004] 45, 48f.). Neuerdings wird eine von dieser Unterscheidung gelöste Abwägung vorgeschlagen, welche den durch die Fehlentscheidung jeweils verursachten materiellen Unwert miteinander vergleicht (Frister, Rudolphi-FS 45, 52ff.); dabei ist der dem Rechtfertigungsgrund zugrunde liegende Abwägungsmaßstab zu berücksichtigen. Das kommt im Ergebnis der vorgenannten differenzierenden Lösung nahe.

10) Beim **Irrtum über Merkmale von Schuldtausschließungsgründen** sind nur solche Schuldtausschließungsgründe von Bedeutung, deren Umstände der Täter irrig annehmen kann, so dass zB die Fälle des § 33 und des Verbotsirrtums ausscheiden, der selbst schon einen Irrtumssachverhalt darstellt. Auch die Schuldfähigkeit scheidet aus (LK-Vogel 128). Der Irrtum über eine entschuldigende Notstandslage ist seit dem 2. StrRG ausdrücklich in § 35 II geregelt (vgl. dort). In Betracht kommen noch § 5 I WStG und ähnliche Fälle des Nebenrechts (§ 7 II UZwG; § 30 III ZDG). Zwar enthält § 5 I WStG insoweit eine eigene Irrtumsregelung, als der Untergebene die Natur der von ihm auf Befehl begangenen Handlung verkennt (vgl. BGH 53, 145 [= NJW 09, 1360; Anm. Dau NSStZ 09, 292]; NZWehrr 09, 78 [1 StR 554/08, Rn. 63ff.; Misshandlung von Rekruten]). Es fehlt aber eine Regelung für den Fall, dass der Untergebene irrtümlich einen Befehl annimmt, obwohl es daran fehlt. In diesen Fällen wird man ebenso wie beim Irrtum über Rechtfertigungsmerkmale annehmen müssen, dass zwar Tatbestandsvorsatz gegeben ist, aber Bestrafung (nur wegen Fahrlässigkeitsschuld) lediglich bei vorwerfbarer Irrtum in Betracht kommt. Beim umgekehrten Irrtum, wenn also zB die objektiven Voraussetzungen des § 5 I WStG gegeben sind, ohne dass der Täter sie kennt, fehlt es an der psychischen Drucksituation, die zur Entschuldigung führt. Der Täter ist daher wegen vollendeter Tat strafbar.

§ 17

AT Zweiter Abschnitt. Erster Titel

- 26 11) Ein Irrtum über die **Rechtswidrigkeit** der Tat im Sinne fehlender Einsicht, Unrecht zu tun, ist ein **Verbotsirrtum** (§ 17).
- 27 12) Ein Irrtum über **persönliche Strafausschließungs- und Aufhebungsgründe** (dazu 17 vor § 32) schadet und nützt dem Täter grundsätzlich nicht, kann aber Quelle eines Verbotsirrtums sein. Dasselbe gilt für **objektive Bedingungen der Strafbarkeit**, die Unrecht und Schuld nicht mitbegründen (zB Rauschtat bei § 323a; Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gem. § 283 VI). Sie gehören nicht zum gesetzlichen Tatbestand und brauchen nicht vom Vorsatz umfasst zu sein (vgl. zur Rechtsnatur Roxin AT 1, 23/21 ff.; Geisler, Zur Vereinbarkeit objektiver Bedingungen der Strafbarkeit mit dem Schuldprinzip, 1998; ders. GA 00, 166). Fehlt die Bedingung, so bleibt die Tat, auch für den Teilnehmer, straflos.

Verbotsirrtum

17 Fehlt dem Täter bei Begehung der Tat die Einsicht, Unrecht zu tun, so handelt er ohne Schuld, wenn er diesen Irrtum nicht vermeiden konnte. Konnte der Täter den Irrtum vermeiden, so kann die Strafe nach § 49 Abs. 1 gemildert werden.

- 1 1) **Die Vorschrift**, in Anlehnung an § 21 E 1962 und § 20 AE durch das 2. StrRG eingefügt, behandelt das vorher nur durch die Rspr. (GrSenBGH 2, 194) gelöste Problem des **Verbotsirrtums**. § 17, der auch in seinem S. 2 nicht gegen das GG verstößt (BVerfGE 41, 121), entspricht § 11 II OWiG; in § 5 WStG (vgl. auch § 7 II UZwG; § 30 III ZDG) hat der Verbotsirrtum eine Sonderregelung (vgl. BGH 53, 145 [m. Anm. Dau NStZ 09, 292]). Einen Sonderfall des Verbotsirrtums behandelt auch § 20.
- 1a **Literatur (Auswahl)**: Arzt ZStW 91, 857; Bülte, Der Irrtum über das Verbot im Wirtschaftsstrafrecht, NStZ 13, 65; Dahs, Der gekaufte Verbotsirrtum, Strauda-FS (2006) 99; Fak-houri Gómez, Vorsatztheorie vs. Schuldtheorie. Zum Umgang mit der Irrtumsproblematik bei normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettstrafgesetzen, GA 10, 259; Frisch, Gewissensstaten und Strafrecht, Schroeder-FS (2006) 11; ders., Grundrecht der Gewissensfreiheit und Gewissensdruck im Strafrecht, GA 06, 273; Gropp, Abschied vom „Doppelirrtum“, ZIS 16, 601; Groteguth, Norm- u. Verbots(un)kenntnis § 17 Satz 2 StGB, 1993; Herzberg GA 93, 439; ders. JZ 93, 1017; ders., Fahrlässigkeit, Unrechtseinsicht und Verbotsirrtum, Otto-FS (2007) 265; Horn, Verbotsirrtum u. Vorwerfbarkeit, 1969; Jakobs ZStW 101, 533; Jeschke ZStW 93, 32; Kindhäuser GA 90, 407; ders., Versuch und Wahn. Zum Irrtum über Rechtstatsachen, Streng-FS (2017) 325; Kirchheim/Samson, Vermeidung der Strafbarkeit durch Einholung juristischer Gutachten, wistra 08, 81; Kudlich/Wittig, Strafrechtliche Enthaltung durch juristische Präventionsberatung?, ZWH 13, 253; Lange, Zum Bewertungsirrtum über die Rechtswidrigkeit des Angriffs bei der Notwehr, 1994 (Bespr. Otto GA 95, 578 u. Mitsch ZStW 110, 166); Laubenthal/Baier, Durch die Ausländereigenschaft bedingte Verbotsirrtümer u. die Perspektiven europäischer Rechtsvereinheitlichung, GA 00, 205; Loew, Die Erkundungspflicht beim Verbotsirrtum nach § 17 StGB, 2002 (Diss. Frankfurt 1999); Lüderssen, Irrtum u. Prävention, Roxin-FS 457; Manso Porto, Normunkenntnis aus belastenden Gründen, 2010 (Diss. Bonn 2009); Meier, Illegaler Download: Alltagshandeln ohne Unrechtsbewusstsein, Ostendorf-FS (20015) 615; Naucke, Staatstheorie u. Verbotsirrtum, Roxin-FS 503; Neumann, Der Verbotsirrtum, JuS 93, 793; ders., Normtheoretische Aspekte der Irrtumsproblematik im Bereich des „Internationalen Strafrechts“, Müller-Dietz-FS 589; Otto Jura 90, 645 u. K. Meyer-GedS 597; ders., Mittelbare Täterschaft u. Verbotsirrtum, Roxin-FS 483; Puppe, Tatirrtum, Rechtsirrtum, Subsumtionsirrtum, GA 90, 145; dies., Bemerkungen zum Verbotsirrtum und seiner Vermeidbarkeit, Rudolphi-FS (2004) 231; dies., Vorsatz und Rechtsirrtum, Herzberg-FS (2008) 275; Radtke, Überlegungen zum Verhältnis von „zivilen Ungehorsam“ zur „Gewissenstat“, GA 00, 19; ders., Ziviler Ungehorsam – Rechtsphilosophische Grundlagen und strafrechtliche Bedeutung, in: Kleszczewski/Müller-Mezger/Neuhaus (Hrsg.), Strafrecht in der Zeitenwende, 2010, 73; Rönnau/Faust/Fehling, Der Irrtum und seine Rechtsfolgen, JuS 04, 667; Roxin, Über Tatbestands- und Verbotsirrtum, Tiedemann-FS (2008) 375; Rudolphi, Unrechtsbewußtsein, Verbotsirrtum und Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums, 1969; ders., Das virtuelle Unrechtsbewußtsein (usw.), 1982; Schuster, Das Verhältnis von Strafnormen und Bezugsnormen aus anderen Rechtsgebieten, 2012 (Habil. Mainz); Streng, Das „Wahndelikt“ – ein Wahn? Überlegungen zum umgekehrten Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale, GA 09, 529; Valerius, Das globale Unrechtsbewusstsein, NStZ 03, 341; Walter, Der Kern des Straf-

rechts, 2006; *Zabel*, Aktuelle Begründungs- und Anwendungsprobleme in der Dogmatik zu § 17 StGB, GA 07, 33.

2) Die **Einsicht, Unrecht zu tun**, dh das verstehende Erkennen der Rechtswidrigkeit der Tat, ist nach der gesetzgeberischen Entscheidung in § 17 weder irrelevant (so früher das RG; zB 63, 218) noch ein Bestandteil des Vorsatzes (so die sog. Vorsatztheorie; vgl. dazu BGH [GrSen] 2, 194; 21 zu § 16), sondern ein Element der Schuld, dessen Fehlen bei Unvermeidbarkeit des Irrtums die Schuld ausschließt (zur Entwicklung vgl. *Schuster* [oben 1a] 57 ff.). Wegen des Kriteriums der **Vermeidbarkeit** ist beim Irrtum über normative Merkmale (zB „Unbefugtheit“; „Pflichtwidrigkeit“) die Zuordnung zum Tatbestands- oder Verbotsirrtum von besonderer Bedeutung und vielfach umstritten (vgl. 15 zu § 16; 171 zu § 266).

A. Nach stRspr. muss der Täter nicht die **Strafbarkeit** seines Handelns kennen. Es reicht das **Bewusstsein, Unrecht zu tun** (BGH 15, 377, 383; BGH 52, 227, 239 f; wistra 86, 218; NStZ 96, 236, 237; NJW 08, 1827, Rn 34; 11, 1236, 1239). Das Bewusstsein moralischer Verwerflichkeit (vgl. BGH 2, 202; GA 69, 61) oder Sozialwidrigkeit reicht nicht aus; es genügt aber das Bewusstsein eines Verstoßes gegen die rechtliche Ordnung, ohne dass es der Kenntnis der verletzten Norm bedarf (BGH [GrSen] 11, 266); auch die Vorstellung, Beihilfe zu leisten (NStZ 84, 329) oder eine Ordnungswidrigkeit zu begehen (Celle NJW 87, 78; aA AG Göttingen NJW 83, 1210; differenzierend Stuttgart NStZ 93, 345; vgl. NK-Neumann 27; LK-Vogel 13 ff.). **Nicht ausreichend** ist die bloße Kenntnis der äußeren Umstände eines rechtswidrigen Verhaltens ohne entsprechende Wertung (vgl. etwa Bay NZV 03, 430 [Verständnis eines Verkehrsschildes]). Unrechtsbewusstsein ist somit die Einsicht, dass das Tun oder Unterlassen gegen die durch **verbindliches Recht** erkennbare Wertordnung verstößt (vgl. BGH 2, 201; 10, 35, 41; 15, 377, 383; 45, 97; NJW 63, 1931; *Otto*, K. Meyer-GedS 602; *Roxin* AT I 21/13; krit. zur Bestimmung dieses Bezugspunkts *Naucke*, *Roxin-FS* 503, 509 ff.). Ohne Bedeutung ist, ob der Täter glaubt, gegen straf-, öffentlich- oder zivilrechtliche Normen zu verstoßen (BGH 52, 227, 239 f. [= NStZ 09, 275; Anm. *Dornis* GRUR 08, 742; *Lagodny* JR 09, 36; *Brammsen* NStZ 09, 279]).

B. Weiß der Täter, dass er ein Gesetz verletzt, so hat er das Unrechtsbewusstsein auch dann, wenn er die Verbindlichkeit der Norm für sich ablehnt (vgl. BGH 4, 3); etwa weil er sich als **Überzeugungstäter** (vgl. auch 29 zu § 46) bewusst gegen die Wert- und Rechtsordnung der Gemeinschaft auflehnt (vgl. MDR/D 73, 901; *Rudolphi*, *Welzel-FS* 632; *Radtke* GA 00, 19; NK-Neumann 12; krit. *Frisch*, *Schroeder-FS* [2006] 11, 16 ff.). Hier ist zu bedenken, dass solche Handlungen ihre rechtspolitische Bedeutung oft dadurch gewinnen, dass sie aus Sicht des Täters nur **Mittel zum Zweck** (beliebiger) weitergehender Ziele sind. Der Täter übernimmt die Rolle als Beschuldigter *demonstrativ*, weil er sie im Hinblick auf *übergeordnete* Motive und Ziele *bestreiten* will; die eigene „Kriminalisierung“ ist also als *Legitimitäts*-Argument eingeplant.

C. Die Unrechtseinsicht muss sich auf die **spezifische Rechtsgutsverletzung** des in Betracht kommenden Tatbestandes beziehen, kann also bei Tateinheit „teilbar“ sein (so BGH 10, 35; 15, 377; 22, 318; wistra 95, 306; NStZ 96, 237; *Neumann* JuS 93, 796; krit. *Laubenthal/Baier* GA 00, 205, 207). Für das Unrechtsbewusstsein genügt es, wenn der Täter die von dem in Betracht kommenden Tatbestand umfasste Rechtsgutsverletzung als Unrecht erkennt, er kann nicht die Anwendung eines Qualifikationstatbestandes mit der Behauptung von sich abwenden, dass ihm das Bewusstsein der Verwirklichung schwereren Unrechts gefehlt habe (BGH 15, 383); das gilt insbesondere dann, wenn der strafe erhöhende Umstand (zB Schusswaffengebrauch) für sich Unrecht bedeutet und der Täter davon ersichtlich Kenntnis hatte (BGH 42, 130). Weiß ein im Ausland handelnder Täter, dass er ein am **inländischen Erfolgsort** seiner Tat strafrechtlich geschütztes Rechtsgut verletzt hat, so handelt er auch dann nicht im Verbotsirrtum, wenn er von der Erlaubtheit seines Tuns am **Handlungsort** ausgeht (BGH 45, 97 [Anwendung von § 258 iVm § 9 I auf im Ausland handelnden Täter; Anm. *Neumann* StV 00, 425;

Börger NStZ 00, 31; Döllinger JR 00, 397; vgl. auch Valerius NStZ 03, 341 ff.]; zu Internet-Straftaten vgl. BGH 46, 212; dazu 8 ff. zu § 9). Hält der Täter seine rechtswidrige Handlung aus einem unzutreffenden Grund für rechtswidrig, so hat er Unrechtsbewusstsein (Bay NJW 63, 310).

- 5 **D. Unrechtseinsicht** liegt bereits dann vor, wenn der Täter mit der **Möglichkeit** rechnet, Unrecht zu tun, und dies billigend in Kauf nimmt (BGH 4, 4; 52, 307, 313; NJW 09, 3173; NStZ-RR 09, 13; NJW 11, 1236, 1239; vgl. auch BGH 45, 97 [Strafvereitelung durch im Ausland handelnden Ausländer; Anm. Börger NStZ 00, 31; Dölling JR 00, 379; Neumann StV 00, 425; dazu auch Laubenthal/Baier GA 00, 205, 213; Neumann, Müller-Dietz-FS 589, 592 ff.]; NStZ 16, 460; aA NK-Neumann 33).
- 6 **3) Bei Begehung der Tat** (§ 8) muss dem Täter die **Unrechtseinsicht fehlen**; nicht erforderlich ist, dass er *positiv* annimmt, kein Unrecht zu tun (Ber. 9; Bay MDR 63, 334). Welchen Grund das Fehlen der Unrechtseinsicht hat, ist grds. gleichgültig. Es kann auf einer sozialetischen Fehleinschätzung (vgl. BGH 2, 208), einer falschen Rechtsauffassung (vgl. etwa wistra 86, 219 [dazu Reiß wistra 87, 161]), auf der irrigen Annahme der Wirksamkeit einer Genehmigung (Hamm NJW 75, 1042), auf der Unkenntnis von der Notwendigkeit einer **Genehmigung** (NStZ 93, 594 [m. Anm. Puppe]; NJW 96, 1605; Bay GA 76, 26; vgl. aber Rengier ZStW 101, 884; zur Differenzierung zwischen Tatbestands- und Verbotsirrtum in diesem Fall vgl. NStZ 93, 594; NStZ-RR 03, 55, 56) beruhen; auf einem Subsumtionsirrtum (13 zu § 16), einem Irrtum über eine Bedingung der Strafbarkeit (27 zu § 16; NK-Neumann 50), auf dem Glauben an die bindende Wirkung eines Befehls (BGH 22, 223; vgl. aber NStZ 84, 128; 1 StR 554/08 Rn. 62 ff.). Beruht das Fehlen der Einsicht auf einer der **Eingangsvoraussetzungen des § 20**, so ist diese Vorschrift anzuwenden (zur **Abgrenzung** vgl. 3 f. zu § 21). Die Annahme, sich mit zweideutigen, „konkludent“ oder „zwischen den Zeilen“ volksverhetzenden Äußerungen noch in einem durch Art. 5 Abs. 1 GG geschützten Bereich „formal“ zulässiger Äußerungen zu bewegen, kann nach 4 StR 283/05 einen Verbotsirrtum begründen. Das erscheint zw., denn wer meint, für *Eingeweihte* etwas zu äußern, was *strafbar* ist, befindet sich hierüber nicht deshalb im Irrtum, weil er glaubt, man könne ihm dies nicht *nachweisen*.
- 7 **4) Vermeidbar** ist ein Verbotsirrtum, wenn dem Täter zum Zeitpunkt der Tat handlung (LK-Vögel 43) sein Vorhaben unter Berücksichtigung seiner Fähigkeiten und Kenntnisse hätte Anlass geben müssen, über dessen mögliche Rechtswidrigkeit nachzudenken oder sich zu erkundigen, und wenn er auf diesem Wege zur Unrechtseinsicht gekommen wäre (1 StR 217/85; NStZ 16, 460; Bay NJW 89, 1745 [m. Anm. Rudolphi JR 89, 387; Zaczysk JuS 90, 889]; Köln NJW 96, 473). Er irrt vermeidbar, wenn er sich nicht informiert (9) oder sich am Recht überhaupt desinteressiert zeigt, es sei denn, er habe hierfür nicht einzustehen (Timpe GA 84, 51, 69). Nach Lage des Einzelfalls objektiv fern liegende Fehlvorstellungen sind idR vermeidbar (vgl. auch Bamberg NJW 07, 3081, 3083). Die Vermeidbarkeit wird von Rspr. und hM im Wesentlichen als *empirische Frage* behandelt, ist aber im Kern eher ein Anwendungsfall des *Vorverschuldens* (vgl. dazu auch Roxin AT I 21/48 ff.; Puppe, Rudolphi-FS [2004] 231, 238 ff.).
- 8 **A. Die Rspr.** verlangt, dass der Täter sein **Gewissen anspanne** (GrSenBGH 2, 194) und „alle seine Erkenntniskräfte und sittlichen Wertvorstellungen“ einsetze, und zwar auf der Grundlage der Vorstellungen seiner Rechtsgemeinschaft (BGH 4, 1, 5); danach sind nach Ansicht der Rspr. insoweit höhere Anforderungen zu stellen als an die Vermeidung eines Fahrlässigkeitsvorwurfs (BGH 4, 237; 21, 20; VRS 14, 31; NJW 96, 1606 [hierzu Sonnen JA 96, 744]; Frankfurt NStZ-RR 03, 263). Angesichts der weit auseinander strebenden Vorstellungen der pluralistischen Gesellschaft kann die Forderung nach „Gewissensanspannung“ freilich nur noch im *Kernbereich* strafrechtlicher Verbote ausreichen (zutr. Stuttgart NJW 06, 2422, 2423). Es kommt auf die jeweils **konkreten Umstände** sowie auf die Verhältnisse

und die Persönlichkeit des Täters an; daher sind **zB** Bildungsstand, Erfahrung, berufliche Stellung, sprachliche Kenntnisse, Dauer des Aufenthalts in Deutschland usw. zu berücksichtigen (vgl. BGH 2, 201; 3, 108; 4, 86; 9, 347), konkret bezogen auf Art, Gewicht und Ausführung der Tat (vgl. Bay NJW 89, 1745 m. Anm. *Rudolphi* JZ 89, 387; *Zaczyk* JuS 90, 889; zusf. *Otto* Jura 90, 648; *Roxin* AT I 21/55 ff.).

Die persönlichen Voraussetzungen des Täters sind im Hinblick auf die **konkrete** 9 Verbotsnorm zu bewerten (vgl. Bay NJW 03, 2253 [Häufung von Verkehrszeichen]). Der Täter muss sich bemühen, Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Handelns zu klären; er darf nicht vorschnell auf die Richtigkeit eines ihm günstigen Standpunkts vertrauen und die Augen nicht vor gegenteiligen Ansichten und Entscheidungen verschließen (Köln NJW 96, 473). **Unvermeidbarer** Verbotsirrtum ist **zB** in Einzelfällen des Veranstaltens oder Vermitteln von Glücksspielen ausländischer Anbieter von *Sportwetten* aufgrund der Rechtslage vor dem 1.1.2008 angenommen worden (vgl. NJW 07, 3078; Stuttgart NJW 06, 2422; LG Frankfurt NStZ-RR 07, 201; vgl. dazu i. e. 16 f. zu § 284); bei unterschiedlicher Entscheidung gleichrangiger Obergerichte über eine Rechtsfrage (Stuttgart NJW 08, 243 [Gebrauch von EU-Fahrerlaubnis während deutscher Sperrfrist; vgl. 7 zu § 69b]).

Persönliche Einschränkungen der **Erkenntnisfähigkeit**, etwa bei Vorliegen eines Eingangsmerkmals des § 20, sind zu berücksichtigen; auch wenn eine (bloße) erhebliche Verminderung der *Einsichtsfähigkeit* für die Schuldfähigkeitsbeurteilung grds. ohne Bedeutung ist (vgl. 4 zu § 20; 3 zu § 21), können ihre tatsächlichen Voraussetzungen bei *Fehlen* der Einsicht die Unvermeidbarkeit des Irrtums begründen. Bei **Unterlassungsdelikten** kann die Unrechterkenntnis schwieriger sein (BGH 16, 160). Bedeutung kann die Verwurzelung des Täters in einem **fremden Kulturkreis** haben; bei aus dem **Ausland** stammenden Personen auch Rechts- und Sprachkenntnis (vgl. dazu *Laubenthal/Baier* GA 00, 205; *Kraus*, InstKonfl. 7 49). Zu Gewissenstaten von Kriegsdienst- und Totalverweigerern vgl. BVerfGE 23, 127 ff.; Frankfurt StV 89, 107 f.; 29 zu § 46; LK-Rönnau 360 ff. vor § 32; S/S-Sternberg-Lieben 7 f.

Besondere Probleme ergeben sich in Fällen sog. „**gesetzlichen Unrechts**“, in 11 welchen sich die Erkenntnis der Rechtswidrigkeit des eigenen Handelns für den Täter nicht aus positiven Normen des eigenen Staats, sondern aus deren wertender Überprüfung an Maßstäben internationalen oder gar *überpositiven* Rechts ergeben soll. Nach der Rspr. des BGH handelte ein „**Mauerschütze**“ der DDR-Grenztruppen, der sich für berechtigt hielt, auf einen unbewaffneten Flüchtling Dauerfeuer zu eröffnen, grds. im **vermeidbaren** Verbotsirrtum (BGH 39, 35 [krit. *Ame- lung* JuS 93, 642; *Arnold/Kühl* JuS 92, 996]; 39, 188; 40, 251 [m. krit. Bespr. *Ame- lung* NStZ 95, 30]; NStZ-RR 96, 324; vgl. dazu BVerfGE 95, 192 [dazu u. a. *Ame- lung* NStZ 95, 30; GA 96, 57; *Dreier* JZ 97, 430; *Gropp* NJ 96, 397]; 40 vor § 3; dazu ausf. *Roos*, Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums nach § 17 StGB im Spiegel der BGH-Rspr., 2000, 245 ff.; vgl. auch *Naucke*, Roxin-FS 503, 510 ff. mit überzeugender Abgrenzung von *Rechtsgeltung* und *Rechtskenntnis*). Dagegen war der Verbotsirrtum von MfS-Angehörigen, die weisungsge-mäß RAF-Aussteiger, die in die DDR aufgenommen worden waren, strafrechtlich nicht verfolgt und unterstützt haben, nach BGH 44, 60 (m. Anm. *Schroeder* JR 98, 428) unvermeidbar.

B. Bleiben Zweifel oder handelt es sich um Delikte, die für einen **bestimmten** 12 **Berufskreis** bedeutsam sind, so trifft den Täter eine **Erkundigungspflicht**. So muss sich etwa, wer geschäftlich tätig ist, idR über die insoweit geltenden Vorschriften informieren (BGH 4, 242; 5 289; 21, 18; *wistra* 84, 178 [m. Anm. *Otto* StV 84, 462]; Bay 71, 24; 81, 198) und ggf. Auskünfte einholen (*Zweibrücken* StV 92, 119; vgl. auch Bay NStZ 03, 270 [Verkauf BtM-haltiger „Raumluftverbesserer“ im *Umfeld* des BtM-Handels]). Ein Rechtsanwalt darf sich nicht mit als zw erkannten eigenen Erkenntnissen zufrieden geben (vgl. BGH 18, 197; aber auch BGH 15, 341; NJW 62, 1832); Mandanteninformationen hat er ggf. nachzuprüfen

(Karlsruhe Die Justiz 81, 213). Bei fortdauernder Geschäftstätigkeit bezieht sich die Erkundigungspflicht auch auf mögliche Änderungen der Rechtslage (NStZ 96, 237; Roxin AT I, 21/57).

- 13 a) Verlangt werden kann je nach Lage des Falles, dass der Täter die **Auskunft** einer Behörde einholt (vgl. Bay NJW 65, 1924; GA 66, 182; Frankfurt VRS 28, 423), sich von einem **Rechtsanwalt** (vgl. BGH 20, 372; 21, 21) oder einer sonst fachkundigen Person (BGH 40, 264) beraten lässt oder sich um Kenntnisnahme einschlägiger Rspr. bemüht (MK-Joecks 52 ff.; vgl. auch wistra 07, 17, 18 [Erkundigungspflicht nach Amtsträger-Stellung]). Eine Auskunftsperson muss so ausgewählt werden, dass sie die Gewähr für eine objektive, sorgfältige, pflichtgemäße und verantwortungsbewusste Auskunftserteilung bietet (BGH 40, 264; Kudlich/Wittig ZWH 13, 253, 256 f. [zu **Compliance-Beratung**]). Auf die Entscheidung eines **Gerichts**, die nicht überholt, aufgehoben oder auch für den Laien offensichtlich unzutreffend ist, kann sich das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit idR stützen.
- 14 b) Auf die **Auskunft eines Rechtsanwalts**, den er als kompetent angesehen hat, darf sich ein rechtsunkundiger Täter idR verlassen, wenn sich nicht die Unerlaubtheit des Handelns entgegen der Auskunft ohne weiteres erkennen lässt (Braunschweig StV 98, 492; Frankfurt NStZ-RR 03, 263; Stuttgart NJW 06, 2422, 2423; and. Frankfurt JR 96, 250 [Anm. Foth]) oder wenn dem Nachfragenden ein **Interessenkonflikt** bekannt ist; letzteres kann namentlich bei der Befragung vom Täter wirtschaftlich *abhängiger* Personen der Fall sein. Ggf. ist weiterer Rat einzuholen (Stuttgart NJW 77, 1408; KG JR 77, 379; Hamm NJW 82, 659). Eher zur Absicherung als zur Klärung bestellte **Gefälligkeits-, Gutachten** von Rechtsanwälten oder Rechtslehrern scheiden als Grundlage glaubhafter Verbotsirrtümer aus (vgl. dazu Dabs, Strauda-FS [2006] 99 ff.; 1 StR 213/10 [= ZWH 13, 193 m. Anm. Rübenstahl]; ebenso NStZ 13, 461; vgl. auch 2 StR 616/12 [Abfalle]). Unzutreffende Auskünfte unzuständiger **Behörden** können zur Unvermeidbarkeit des Irrtums führen, wenn sich für den Täter die fehlende Zuständigkeit und Beurteilungskompetenz nicht aufdrängt (vgl. NStZ 00, 364). Es führt nicht schon zur Vermeidbarkeit, wenn der Täter sich darüber hat beraten lassen, wie er sein – möglicherweise auch *moralisch* verwerfliches – Ziel *ohne* Gesetzesverletzung erreichen könne; die Suche nach Gesetzes-„Lücken“ kann dem Täter nicht vorgeworfen werden, wenn er bei der Tat annahm, im erlaubten Bereich zu handeln.
- 15 Hat der Täter einer **Erkundigungspflicht nicht genügt**, so setzt die Feststellung von Vermeidbarkeit voraus, dass die Erkundigung zu einer *richtigen* Auskunft geführt hätte (BGH 37, 55, 67; NJW 96, 1606; NStZ 16, 460; Braunschweig StV 98, 492; Bay NJW 89, 1745; Hamburg NStZ 96, 102; aA BGH 21, 21; Puppe, Rudolphi-FS [2004] 231, 237; vgl. dazu NK-Neumann 81). Zur Feststellung mangelnden Unrechtsbewusstseins vgl. auch NJW 06, 522, 529 (gegen Vorinstanz LG Düsseldorf NJW 04, 3275, 3285 [Fall Mannesmann/Vodafone, in BGH 50, 331 nicht abgedr.] m. Bespr. Kort NJW 05, 333; krit. Anm. Jakobs NStZ 05, 276).
- 16 c) Kenntnis davon, dass eine Rechtsfrage *umstritten* oder die Rspr. hierzu kontrovers ist, kann im Einzelfall zu **bedingtem Unrechtsbewusstsein** führen (vgl. BGH 4, 1, 4; 27, 196, 201 f.; SK-Rudolphi 40; krit. Neumann JuS 93, 798 u. NK 72; Puppe, Rudolphi-FS [2004] 231, 233 ff.). Ein Irrtum ist jedenfalls vermeidbar, wenn der Täter nur *hofft*, das ihm bekannte Strafgesetz greife nicht (3 StR 82/85).
- 17 5) Bei **umgekehrtem Irrtum**, wenn also der Täter sein rechtmäßiges Handeln für rechtswidrig hält (vgl. Düsseldorf MDR 85, 866 [irrigte Annahme, auch Handeln in Notwehr sei Unrecht]), ist ein strafloses **Wahndelikt** gegeben (vgl. zur Abgrenzung Schuster [oben 1a] 77 ff., 121 ff.).
- 18 6) Die **Unterscheidung** zwischen **Tatbestands-** und **Verbotsirrtum** ist vielfach schwierig, wird in der Praxis bisweilen eher *intuitiv* gehandhabt und ist auch dogmatisch umstritten (vgl. schon BGH 3, 357, 400; 4, 80, 105, 347; 5, 284, 301;

6, 193; 9, 358; Bay NJW 03, 2253 [Verkehrszeichen]). Schwierigkeiten ergeben sich oftmals im Bereich des **Wirtschaftsstrafrechts** (vgl. dazu *Bülte* NStZ 13, 65 ff.) sowie im Bereich der **Fahrlässigkeitsdelikte** (dazu *Arzt* ZStW 91, 857; *Herzberg*, Otto-FS [2007] 265 ff.; Übersicht bei *Roxin*, AT 1, 24/103 ff.; vgl. auch SK-Rudolphi 19; MK-Joecks 85 ff.; NK-Neumann 86 ff.; *Jescheck/Weigend* § 57 I 2). Fälle des sog. **Doppelirrtums** (zB gleichzeitiger Irrtum über Voraussetzungen und Grenzen eines Rechtfertigungsgrunds) werden idR als § 17 unterfallender Erlaubnisirrtum behandelt (vgl. *Gropp* ZIS 16, 601, 606; 13a zu § 16).

A. § 17 ist bei *unbewusster* Fahrlässigkeit anwendbar, wenn der Verbotsirrtum auf dem Fehlen der Regel-Kenntnis beruht (MK-Joecks 86; NK-Neumann 87; SK-Rudolphi 20; **aA** *Arzt* ZStW 91, 857, 880; dazu *Roxin* AT 1, 24/105). Bei *bewusster* Fahrlässigkeit ist § 17 anwendbar, wenn der Täter die Rechtswidrigkeit einer als solcher erkannten Rechtsgutsgefährdung verkennt (NK-Neumann 89). Ein Rechtsirrtum unterfällt nach hM § 16, wenn der Täter den „sozial-normativen Bedeutungsgehalt“ eines (normativen) Tatbestandsmerkmals nicht erkannt hat (sog. **„Parallelwertung in der Laiensphäre“**); dagegen unterfällt ein Irrtum über die Reichweite eines (als solches zutreffend erkannten) Verbots § 17. Zur Anwendung von § 17 im Nebenstrafrecht, insb. bei **Blanketttatbeständen**, vgl. *Tiedemann* ZStW 81, 869; *Lüderssen* wistra 83, 223; *Puppe* GA 90, 166; *Kindhäuser* GA 90, 420; *Otto*, Roxin-FS (2001) 483, 491 ff.; *S/S-Sternberg-Lieben* 99 zu § 15; *L/Kühl* 22M; krit. *Bülte* NStZ 13, 65, 69 ff.; zum **Steuerstrafrecht** vgl. KG NStZ 82, 74; Bremen StV 85, 284; Bay 92, 78; *Schlüchter* wistra 85, 43; 94; *Reiß* wistra 86, 194; 87, 161; *Meyer* NStZ 86, 443; *Bilsdorfer* NJW 89, 1591

B. Das Wort „unbefugt“ kann in einzelnen Tatbeständen je nach dem Sinngehalt der Vorschrift die Bedeutung eines Tatbestandsausschlusses (§ 132) haben oder nur den Hinweis auf in diesem Bereich häufige Rechtfertigungsgründe enthalten (§ 203). Bezieht sich das Wort „rechtswidrig“ in der Tatbestandsbeschreibung nicht auf die Handlung (wie zB in § 240; vgl. dazu BGH 2, 194), sondern auf ein einzelnes Merkmal, so bezeichnet es ebenfalls ein Tatbestandsmerkmal, auf das sich der Vorsatz erstrecken muss (vgl. zB 193 zu § 263).

In Fällen der Unkenntnis eines **Genehmigungserfordernisses** ist die Unterscheidung zwischen Tatbestands- und Verbotsirrtum mit Blick auf den jeweiligen Tatbestand zu treffen (NStZ 93, 594; BGHR § 17 Unrechtsbewusstsein 2; vgl. *SSW-Momsen* 19f.). Nach der Rspr. des BGH liegt ein Tatbestandsirrtum vor, wenn die Genehmigung nur der Kontrolle eines im allgemeinen sozialadäquaten Verhaltens dient und die Tat ihren Unwert erst aus dem Fehlen einer Genehmigung herleitet. Verbotsirrtum ist dagegen gegeben, wenn es sich um ein grundsätzlich wertwidriges Verhalten handelt, das im Einzelfall aufgrund der Genehmigung erlaubt ist (= repressives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt; vgl. NStZ-RR 03, 55, 56; StraFo 06, 461, 462; 1 StR 581/09 [Ausfuhr von BtM]; *S/S-Sternberg-Lieben* 12a; 15 zu § 16).

Die Unkenntnis der **Erlaubnispflichtwidrigkeit** eines Verhaltens ist Tatbestandsirrtum; dagegen ist ein Irrtum über die Reichweite einer bestehenden Erlaubnis Verbotsirrtum (Bay NStZ-RR 01, 281 f. [Geltungsbereich ausländischer waffenrechtlicher Erlaubnis]).

C. Die **irrig** Annahme eines **Rechtfertigungsgrunds** wird von der *strengen Schuldtheorie* als Fall des Verbotsirrtums angesehen und nach § 17 behandelt (vgl. dazu 22 zu § 16). Diese Lehre wird von Rspr. und hM in der Literatur ganz überwiegend abgelehnt; die auch von der Rspr. angewandte, in verschiedenen Varianten vertretene *eingeschränkte Schuldtheorie* gelangt in diesen Fällen zur Anwendung von § 16 (vgl. i. e. 22 zu § 16).

7) Unvermeidbarkeit des Verbotsirrtums führt zum **Ausschluss der Schuld**. Bei Vermeidbarkeit kann die Strafe nach § 49 I gemildert werden. Das Urteil muss erkennen lassen, dass das Gericht die Milderungsmöglichkeit geprüft hat (StV 98, 186).

Schwerere Strafe bei besonderen Tatfolgen

18 Knüpft das Gesetz an eine besondere Folge der Tat eine schwerere Strafe, so trifft sie den Täter oder den Teilnehmer nur, wenn ihm hinsichtlich dieser Folge wenigstens Fahrlässigkeit zur Last fällt.

- 1 1) Die Vorschrift idF des 2. StrRG ist eine Fortentwicklung von § 56 idF des 3. StÄG.

1a **Neuere Literatur:** *Altenhain*, Der Zusammenhang zwischen Grunddelikt u. schwerer Folge (usw.), GA 96, 19; *Bacher*, Versuch und Rücktritt beim erfolgsqualifizierten Delikt, 2000; *Bussmann*, Zur Dogmatik erfolgsqualifizierter Delikte nach dem Sechsten Strafrechtsreformgesetz, GA 99, 1; *Degener ZStW* 103, 357; *Diez-Ripollés*, Die durch eine fahrlässig herbeigeführte schwere Tatfolge qualifizierten Delikte u. das Schuldprinzip, ZStW 96, 157; *Domseifer*, Arm. Kaufmann-GedS 429; *Dutge*, Zum Begriff des erfolgsqualifizierten Delikts, Herzberg-FS (2008) 309; *Ferschl*, Das Problem des unmittelbaren Zusammenhangs beim erfolgsqualifizierten Delikt, 1998; *Geilen*, Unmittelbarkeit u. Erfolgsqualifizierung, Welzel-FS 655; *Gössel*, Dogmatische Überlegungen zur Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt (usw.), Lange-FS 219; *ders.*, Über die Strafata des versuchten erfolgsqualifizierten Delikts, ZIS 11, 386; *Hardtung*, Versuch und Rücktritt bei den Teilvorsatzdelikten des § 11 Abs. 2 StGB, 2002; *Herzberg*, Zum Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts, Amelung-FS (2009) 159; *H.-J. Hirsch*, Der „unmittelbare“ Zusammenhang zwischen Grunddelikt u. schwerer Folge beim erfolgsqualifizierten Delikt, Oehler-FS 111; *Ingelfinger*, Die Körperverletzung mit Todesfolge durch Unterlassen u. die Entsprechensklausel des § 13 Abs. 1 Halbs. 2 StGB, GA 97, 573; *Köhler*, Beteiligung u. Unterlassen beim erfolgsqualifizierten Delikt, 1999 (Diss. Potsdam); *Kostuch*, Versuch und Rücktritt beim erfolgsqualifizierten Delikt, 2004 (Diss. Würzburg 2004); *Kühl*, Erfolgsqualifizierte Delikte in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, BGH-FG 237; *ders.*, Der Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts, Gössel-FS (2002) 191; *Küper*, „Erfolgsqualifizierter“ oder „folgenschwerer“ Versuch?, Herzberg-FS (2008) 323; *ders.*, „Vorsätzlich im Sinne dieses Gesetzes ...“ – Zur Bedeutung des § 11 Abs. 2 StGB für die Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt und zur Dogmatik dieser Beteiligungsform, Kühl-FS (2014) 315; *Küpper*, Der „unmittelbare“ Zusammenhang zwischen Grunddelikt u. schwerer Folge beim erfolgsqualifizierten Delikt, 1982; *ders.*, Unmittelbarkeit u. Letalität, H.J. Hirsch-FS (1999) 595; *ders.*, Zur Entwicklung der erfolgsqualifizierten Delikte, ZStW 111 (1999), 785; *Laubenthal*, Der Versuch des qualifizierten Delikts, JZ 87, 1065; *Lorenzen*, Zur Rechtsnatur u. verfassungsrechtlichen Problematik der erfolgsqualifizierten Delikte, 1981 (hierzu Küper GA 84, 187); *Maiwald*, Zurechnungsprobleme im Rahmen erfolgsqualifizierter Delikte, JuS 84, 439; *Miseré*, Die Grundprobleme der Delikte mit strafbegründender besonderer Folge, 1997; *Paeffgen*, Die erfolgsqualifizierten Delikte – eine in die allgemeine Unrechtslehre integrierbare Deliktgruppe?, JZ 89, 220; *Radtke*, Die Leichtfertigkeit als Merkmal erfolgsqualifizierter Delikte?, Jung-FS (2007) 737; *Rengier*, Erfolgsqualifizierte Delikte und verwandte Erscheinungsformen, 1986; *ders.*, Kein Ende der Erfolgshaftung bei den erfolgsqualifizierten Delikten, Geppert-FS (2011) 479; *Schroeder*, Verborgene Probleme der erfolgsqualifizierten Delikte, Lüderssen-FS (2002) 599; *Sowada*, Das sog. „Unmittelbarkeits“-Erfordernis als zentrales Problem erfolgsqualifizierter Delikte, Jura 94, 643; *ders.*, Die erfolgsqualifizierten Delikte im Spannungsfeld zwischen Allgemeinem u. Besonderem Teil des Strafrechts, Jura 95, 644; *Wörner-Hofer*, Die Auswirkungen des 6. Strafrechtsreformgesetzes auf die erfolgsqualifizierten Delikte, 2008 (Diss. Gießen 2007); *Wolter*, Zur Struktur der erfolgsqualifizierten Delikte, JuS 81, 168; *ders.*, Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Grunddelikt u. schwerer Folge beim erfolgsqualifizierten Delikt, GA 84, 443; *Wölter*, Der Rücktritt beim „erfolgsqualifizierten Delikt“, GA 07, 65.

- 2 2) § 18 bringt die Abkehr des Schuldstrafrechts von einer reinen Erfolgshaftung zum Ausdruck. Um dem Schuldgrundsatz Rechnung zu tragen, bestimmt § 18, dass bei den sog. **erfolgsqualifizierten Delikten**, die durch den Eintritt einer besonderen Folge gekennzeichnet sind, diese besondere Folge **verschuldet**, dh **mindestens fahrlässig** herbeigeführt worden sein muss; zugleich ordnet § 11 II an, dass Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als vorsätzliche Taten gelten (zur Beteiligung unten 5). Freilich ist die Abwendung von einer strafrechtlichen Haftung für den **Zufall** tatsächlich nicht so vollständig, wie es die Verweisung auf die (Fahrlässigkeits-)Schuld erscheinen lässt; die **Addition** milderer Vorsatzschuld (zB § 223) und milderer Fahrlässigkeitsschuld (zB § 222) zu schwerer **Erfolgsschuld** (zB § 227) bedarf im Grundsatz wie im Einzelfall der legitimierenden Begründung. Diese **Legitimation** ist iErg strittig (vgl. *Küpper ZStW* 111, 785, 789 ff.; SK-